

Kantonsratsbeschluss

Vom 08.12.2020

Nr. SGB 0169/2020

Globalbudget „Jugendanwaltschaft“ für die Jahre 2021 bis 2023

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986 (KV)¹⁾, § 19 Absatz 1 und § 20 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G)²⁾, nach Kenntnisaufnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 15. September 2020 (RRB Nr. 2020/1325), beschliesst:

1. Für das Globalbudget «Jugendanwaltschaft» werden für die Jahre 2021 bis 2023 folgende Produktgruppen und Ziele festgelegt:

- 1.1. Produktgruppe 1: Jugendanwaltschaft

- 1.1.1. Verhinderung von weiteren Straftaten bei schon straffälligen Jugendlichen.

- 1.1.2. Jeder Jugendliche mit Wohnsitz im Kanton Solothurn, welcher wegen Strafsachen mit der Jugendanwaltschaft in Kontakt gekommen ist, verfügt über eine Tagesstruktur und eine Wohnmöglichkeit.

- 1.1.3. Jugendliche halten sich an die vorgegebenen Regeln.

- 1.1.4. Möglichst kurze Verfahrensdauer. Die Jugendanwaltschaft bearbeitet eingehende Strafanzeigen speditiv.

2. Für das Globalbudget «Jugendanwaltschaft» wird als Saldovorgabe für die Jahre 2021 bis 2023 ein Verpflichtungskredit von 8'750'000 Franken beschlossen.

3. Der Verpflichtungskredit für das Globalbudget «Jugendanwaltschaft» wird bei einer vom Regierungsrat beschlossenen Lohnanpassung gemäss § 17 des Gesamtarbeitsvertrages vom 25. Oktober 2004 (GAV)³⁾ angepasst.

4. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Im Namen des Kantonsrats

Daniel Urech
Präsident

Dr. Michael Strebel
Ratssekretär

¹⁾ BGS 111.1.

²⁾ BGS 115.1.

³⁾ BGS 126.3.

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler

Bau- und Justizdepartement
Departementscontroller
Jugendanwaltschaft (2)
Finanzdepartement
Amt für Finanzen
Parlamentscontroller
Kantonale Finanzkontrolle
Parlamentsdienste (1833/2020)